



Protokoll AK Nahverkehr des Teilhabe-Beirats am 04.06.2014

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

<u>Mitglieder:</u>	Stefan Hehr, Utz Mörbe, Detlev Ulrich, Silvia Esche
<u>Experte:</u>	Herr Voußen, Abteilung Öffentlicher Personen-Nahverkehr
<u>Von der Verwaltung:</u>	Frau Martin, Herr Hackl

Top 1: Begrüßung und Vorstellung

Frau Martin begrüßt die Teilnehmenden im AK Nahverkehr des Teilhabe-Beirates.

Alle Anwesenden stellen sich vor:

Neu ist Herr Voußen von der Abteilung Öffentlicher-Personen-Nahverkehr und Herr Hackl, der Frau Martin unterstützt

Top 2: Vorstellung des Nahverkehrsplans des Landkreises Böblingen

Herr Voußen stellt den Nahverkehrsplan des Landkreises Böblingen vor.

Diesen Plan gibt es seit dem Jahr 2000.

Er wird immer wieder neu überarbeitet.

Der Plan hat sehr viele Seiten und ist sehr dick.

Grundlagen:

Herr Voußen stellt die Grundlagen des Nahverkehrsplanes vor und malt dazu ein Bild

Das Personen-Beförderungs-Gesetz regelt, dass der Öffentliche Nahverkehr bis zum Jahr 2022 barrierefrei sein soll. Doch das Gesetz regelt nicht woher das Geld dafür kommen soll.

Viele Stellen müssen beim Nahverkehr zusammenabreiten:

Der Landkreis und die Kommunen bezahlen den Busverkehr

Rund 20 verschiedene Verkehrs-Unternehmen fahren diese Busse.

Der Verband Region Stuttgart ist für die S-Bahnen zuständig.

Die Gemeinden bauen die Haltestellen.

Der Verkehrsverbund Stuttgart regelt die Zusammenarbeit und die Fahrpreise.

Die Zusammenarbeit ist schwierig.

Barrierefreiheit und Verbindungen auf dem Land:

Der Landkreis vergibt die Aufträge an die Busunternehmen.

Deshalb müssen die Busunternehmen das tun, was der Landkreis will.

Der Landkreis muss dafür Geld bezahlen.

Bis 2019 müssen alle Aufträge neu vergeben werden.

Herr Mörbe will, dass nur Unternehmen mit Niederflurbussen Aufträge bekommen.

Frau Esche und Herr Mörbe wollen mehr Busverbindungen für die kleinen Gemeinden auf dem Land.

Wenn die Busse aber ohne Fahrgäste fahren, lohnt es sich nicht.

Herr Mörbe spricht an, dass Rolli-Fahrer schlecht in die S-Bahnen kommen.

Herr Ulrich beklagt, dass die Bahn-Beschäftigten oft nicht beim Einstieg in die Bahn helfen.

Für die S-Bahnen ist aber der Verband Region Stuttgart und die Deutsche Bahn zuständig.

Da kann der Landkreis wenig machen.

Haltestellen:

Der Landkreis hat einen Plan für barrierefreie Haltestellen gemacht.

Ein roter Punkt zeigt, wo solche Haltestellen fehlen.

Herr Ulrich sagt, dass es noch zu viele rote Punkte gibt. Es muss noch viel getan werden.

Die Haltestellen müssen von den Gemeinden umgebaut werden.

Es gibt ein Problem. Die Gemeinden sollen die Haltestellen umbauen.

Sie bekommen aber kein Geld dafür.

Der Landkreis soll die Gemeinden fragen, wann sie mit dem Umbau fertig sind.

Es wird angesprochen, dass die Gemeinden bei Umbaumaßnahmen oft vergessen, an Menschen mit Hilfebedarf zu denken.

Frau Esche und Herr Mörbe wollen, dass Menschen mit Hilfebedarf bei den Planungen in den Gemeinden beteiligt werden.

Wichtig wäre, dass es in jeder Gemeinde einen Ansprechpartner für diese Belange gibt.

Expressbusse:

In Zukunft soll es schnelle Busverbindungen in der Region Stuttgart geben.

Sie halten nur einmal in der Gemeinde.

Es wird eine Verbindung von Leonberg zum Flughafen geben.

Für die Expressbusse ist die Region zuständig.

Alle Teilnehmenden loben Herrn Voußen. Er hat sehr verständlich vorgetragen.

Top 3: Stellungnahme

Nach dem Vortrag bespricht der Arbeitskreis die Stellungnahme zum Nahverkehrsplan.

Die Punkte sollen jeweils mit einer Person aus dem Arbeitskreis verknüpft werden.

1. Niederflurbusse:

Herr Mörbe macht einen Vorschlag. Es sollen möglichst nur Busunternehmen berücksichtigt werden, die mit Niederflurbussen fahren.

2. Fahrgastinformationssystem:

Der Teilhabebeirat wünscht sich ein Fahrgast-Informationssystem.

Vorbild ist dabei das Reutlinger Orientierungssystem für Menschen mit

Wahrnehmungseinschränkungen: In diesem System haben alle Linien nicht nur eine Nummer, sondern auch ein zielbezogenes Symbol und eine Farbe.

Das erleichtert den Fahrgästen die Orientierung.

Die Informationen kommen allen Menschen mit zusätzlichem Hilfebedarf zugute.

Dazu gehören auch Senioren, Kinder und Menschen mit Migrationshintergrund.

Ein erster Schritt könnte die Einführung in einer großen Kreisstadt sein.

3. Fahrpläne:

Frau Esche macht einen Vorschlag. In den Fahrplänen an den Haltestellen sollen Informationen über den Einsatz von Niederflurbussen enthalten sein. Der Landkreis soll dies von den Verkehrsunternehmen einfordern. Der Teilhabe-Beirat will dies bereits beim nächsten Fahrplanwechsel.

4. Haltestellen:

Herr Hehr lobt die Priorisierungskarte des Landkreises (Seite 57 des Entwurfes des Nahverkehrsplanes) zum Ausbau von barrierefreien Haltestellen. Die Karte zeigt den großen Handlungsbedarf in der Fläche. Herr Ulrich macht deshalb einen Vorschlag. Der Landkreis soll bei den Städten und Gemeinden nachfragen, bis wann die Haltestellen umgebaut sind.

Herr Ulrich als Vorsitzender hat die Stellungnahme unterschrieben.

Das Protokoll schrieb : Reinhard Hackl

Fertig gestellt am: 07.07.2014